

Chronik des Überwachungsstaates

[Originalartikel](#)

[Backup](#)

<html> <p>Vor allem seit der Jahrtausendwende erlassen Bundesregierungen Gesetze, die kontinuierlich Grund- und Freiheitsrechte abbauen, indem Überwachung ausgedehnt wird. Diese Politik erfolgte häufig im Namen der Sicherheit, wenn Politiker sich aufgefordert sahen, auf Gefährdungslagen zu antworten: <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#31122006>“>Anti-Terror-Dateien, <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#31122016/>“>massenhafte Überwachung, <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#18092001>“>Rasterfahndung, <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#18122015>“>Vorratsdatenspeicherung, <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#05052017>“>Videoüberwachung – um nur einen Teil zu nennen.</p> <div class=„netzpolitik-cta wrapper“> <p><a href=„<https://netzpolitik.org/spenden?via=cta>“>
 netzpolitik.org - unabhängig & kritisch dank <a href=„<https://netzpolitik.org/spenden?via=cta>“>Euch.</p> </div> <p>Jedoch finden sich keine Beweise, inwiefern sogenannte Sicherheitsmaßnahmen ihrem Titel gerecht werden: Sie verhindern keine Taten, sondern „[gaukeln] dies nur vor“, wie Kai Biermann im neusprech.org-Blog <a href=„<https://neusprech.org/sicherheitsbahnhof/>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101145402/https://neusprech.org/sicherheitsbahnhof/>“ data-versiondate=„2018-11-01T14:54:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>argumentiert. Vielmehr stellen die hier genannten Gesetze Bürger unter Generalverdacht und beeinflussen die Dynamiken einer Demokratie: Menschen verändern ihr Verhalten, <a href=„<https://netzpolitik.org/2014/warum-protestieren-ich-habe-nichts-zu-verbergen/>“>wenn sie sich beobachtet fühlen. Freie Lebensentfaltung ist daraufhin weder im privaten noch öffentlichen Raum gewährleistet.</p> <figure id=„attachment_173235“ class=„wp-caption alignright c1“><a href=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/gesetzgebungsprozess-stefanxp.png>“><img src=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/gesetzgebungsprozess-stefanxp-385x546.png>“ alt=„“ width=„385“ height=„546“ class=„size-large wp-image-173235“ srcset=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/gesetzgebungsprozess-stefanxp-385x546.png> 385w, <https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/gesetzgebungsprozess-stefanxp-159x225.png> 159w, <https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/gesetzgebungsprozess-stefanxp.png> 594w“ sizes=„(max-width: 385px) 100vw, 385px“/> <figcaption class=„wp-caption-text“>Schaubild: Gesetzgebungsverfahren <a class=„“ rel=„license“ target=„_blank“ href=„<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de>“>CC-BY-SA 3.0 Stefan-Xp</figcaption></figure><p>So konzentriert sich diese Chronik auf die Gesetzeslagen bezüglich der verschiedenen Behörden und Institutionen, die vom Ausbau der Überwachung profitieren: Bundesnachrichtendienst,

Ämter des Verfassungsschutzes und Polizeibehörden. Gerade ersterer sollte im Zuge der Snowdenenthüllungen und mittels der <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#31122016>“>BND-Reform von 2016 stärker kontrolliert werden. Die zuvor kriminellen Praktiken wurden stattdessen weitgehend legalisiert.</p> <p>Mitunter versuchten Bundesregierungen mit kritikwürdigen Maßnahmen, mehr Sicherheit zu schaffen. Diese standen aber nicht immer in einem direkten Zusammenhang mit Überwachungsgesetzen und sind deswegen nicht hier gelistet. Dazu gehört beispielsweise der <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/ortstermin-am-suedkreuz-die-automatische-gesichtserkennung-beginnt/>“>Modellversuch „Sicherheitsbahnhof Südkreuz“ sowie die <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/cyber-sicherheitsstrategie-neue-entschluesselungsbehoerde-zitis-gestartet/>“>Gründung der Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich, kurz ZITiS.</p> <p>Der Gesetzgebungsprozess ist komplex und mitunter langwierig. Das nebenstehende Schaubild erklärt ihn. Dazu gibt es noch Ausführungen von der <a href=„<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16426/gesetzgebung>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101144502/https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16426/gesetzgebung>“ data-versiondate=„2018-11-01T14:45:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>Bundeszentrale für politische Bildung sowie dem Bundestag.</p> <p>Zu jedem Gesetz ist der Tag des Inkrafttretens genannt sowie die federführenden Parteien der Regierungskoalitionen und ein Verweis auf den Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem. Mitunter haben sich noch weitere Parteien an den Vorhaben beteiligt. Nicht jedes aufgelistete Gesetz stellt einen direkten Grundrechtseingriff dar, sondern teilweise nur die juristische Grundlage für spätere Entscheidungen.</p> <p>Die Chronik erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und wird kontinuierlich erweitert.</p> <p>Auch mit Eurer Hilfe – wir freuen uns über Zuschriften!</p> <p>Dank gilt <a href=„<https://www.metronaut.de/2013/01/unstillbarer-hunger-eine-chronik-der-ueberwachungs-und-sicherheitsgesetze/>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101135402/https://www.metronaut.de/2013/01/unstillbarer-hunger-eine-chronik-der-ueberwachungs-und-sicherheitsgesetze/>“ data-versiondate=„2018-11-01T13:54:05+00:00“ data-amber-behavior=„“>Metronaut, <a href=„<http://www.daten-speicherung.de/index.php/ueberwachungsgesetze/>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101161802/http://www.daten-speicherung.de/index.php/ueberwachungsgesetze/>“ data-versiondate=„2018-11-01T16:18:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>Patrick Breyer und <a href=„<https://www.taz.de/!5144153/>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101182402/https://www.taz.de/!5144153/>“ data-versiondate=„2018-11-01T18:24:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>taz für die Vorarbeit auszusprechen.</p> <p>Stand: 26. September 2018 (<a href=„<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#aenderungsprotokoll>“>Änderungsprotokoll)</p> <p>Nachtrag 26. September 2018: Ein Jahr nach der Veröffentlichung der Chronik reichen wir die dazugehörige Analyse nach:</p> <div class=„responsive-video“> <blockquote class=„wp-embedded-content“ data-secret=„yGxL2Q5a1l“> <p><a href=„<https://netzpolitik.org/2018/wie-man-in-69-jahren-einen-ueberwachungsstaat-aufbaut/>“>Wie

man in 69 Jahren einen Überwachungsstaat aufbaut

<https://netzpolitik.org/2018/wie-man-in-69-jahren-einen-ueberwachungsstaat-aufbaut/embed/#?secret=yGxL2Q5a1l> data-secret=„yGxL2Q5a1l“ width=„600“ height=„338“ title=„Wie man in 69 Jahren einen Überwachungsstaat aufbaut“ netzpolitik.org“ frameborder=„0“ marginwidth=„0“ marginheight=„0“ scrolling=„no“>[embedded content]</iframe>

2017

Staatstrojaner sollen nun auch bei (Alltags-)Kriminalität abseits des Terrorismus angewendet werden. So beschließt der Bundestag neben diesem [, welches \[gibt, sollen, eine Gesetzesänderung unter anderem bezüglich der Strafprozessordnung.\]\(„https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw25-de-aenderung-stgb/511182“\)](„http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/112/1811277.pdf“) Die Anwendung von Schadsoftware zur Quellen-Telekommunikationsüberwachung kann sich [als verfassungswidrig erweisen, wie unter anderem Falk Garbsch, Sprecher des Chaos Computer Club \[. Ebenso gefährdet es die IT-Sicherheit aller, Sicherheitskräften den Einsatz beim Staatstrojaner zu horten und nicht etwa zu beseitigen.\]\(„https://netzpolitik.org/2017/staatstrojaner-bundestag-beschliesst-diese-woche-das-krasseste-ueberwachungsgesetz-der-legislaturperiode/“>kommentiert</a\)](„https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#20042016“>wiederholt</a) Kritik wird [: Bürgerrechtsorganisationen, Branchenverbände, Opposition, Medien. Insbesondere das Vorgehen der Regierung ist kritikwürdig: Der erweiterte Staatstrojanereinsatz wurde unter dem Deckmantel eines anderen Gesetzes kurz vor der zweiten und dritten Lesung eingeschlichen.](„https://netzpolitik.org/2017/arrogant-befremdlich-entaeuschend-reaktionen-auf-das-neue-staatstrojaner-gesetz/“>aus) [. Diese Ermächtigung geschieht durch eine Änderung des entsprechenden \[, schreikt massiv die Privatsphäre ein, \\[.\\]\\(„https://netzpolitik.org/2017/wohnungseinbruch-grosse-koalition-weitet-vorratsdatenspeicherung-aus/“>während\\)\]\(„https://www.gesetze-im-internet.de/stpo/_100g.html“\)](„https://netzpolitik.org/2017/vorratsdaten-fuer-wohnungseinbruch-einbruch-in-die-privatsphaere/“>Polizeibehörden) Die Große Koalition erlässt die Gesetzesänderung kurz vor Ende der Legislaturperiode. Die

Opposition plädiert auf Stärkung der Polizei durch eine bessere Ausbildung und Gelder. Frank Tempel von der Linksfraktion, selbst ehemaliger Kriminalbeamter, hält die Verschärfung für praxisfern.</p><p><small><a

href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/815/81586.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101183001/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/815/81586.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T18:30:03+00:00“ data-amber-

behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h4 id=„15072017“>15. Juli 2017: Gesetz zur Förderung des elektronischen

Identitätsnachweises (CDU/CSU und SPD)</h4><p>Das <a

href=„http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl117s2310.pdf“

data-

versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101173003/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl117s2310.pdf“ data-

versiondate=„2018-11-01T17:30:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>Gesetz (pdf) sieht einen automatisierten Online-Abruf von Passbildern für Geheimdienste vor, mit zwangsweiser

Aktivierung der eID-Funktion. Zuvor konnten die Polizei und andere Behörden die Daten

anfragen, ab sofort können auch Geheimdienste sie automatisiert abrufen — <a

href=„<https://netzpolitik.org/2017/morgen-im-bundestag-automatisierter-zugriff-auf-biometrische-passbilder-fuer-alle-geheimdienste/>“>ohne Kontrollmöglichkeit. Der Chaos Computer Club

stellt seine Bedenken <a href=„<https://www.ccc.de/de/updates/2017/eid-ausweis>“ data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101143301/https://www.ccc.de/de/updates/2017/eid-ausweis>“ data-versiondate=„2018-11-01T14:33:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>in einer

Stellungnahme klar.</p><p><small><a

href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/788/78825.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101143901/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/788/78825.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T14:39:03+00:00“ data-amber-

behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h4 id=„01072017“>01. Juli 2017: BKA-Gesetz: Ausweitung des Maßregelrechts bei

extremistischen Straftätern (CDU/CSU und SPD)</h4><p>Am 01. Juli 2017 tritt die Novelle

des BKA-Gesetzes in Kraft. Basierend auf einer Vereinbarung zwischen dem federführenden

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) und Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU)

werden <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/bka-gesetz-de-maiziere-kuendigt-novellierung-an/>“>die Befähigungen des Bundeskriminalamtes ausgebaut: Von nun an dürfen

sogenannten, nicht genauer definierten „Gefährdern“, <a

href=„<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2017/02/2017-02-07-elektronische-fussfessel.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101151501/https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2017/02/2017-02-07-elektronische-fussfessel.html>“ data-

versiondate=„2018-11-01T15:15:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>die eine Freiheitsstrafe

absaßen, nach Haftentlassung elektronische Fußfesseln auferlegt werden.</p><p><small><a href=„<https://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/797/79794.html>“ data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101161502/https://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/797/79794.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T16:15:05+00:00“ data-amber-

behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h4 id=„10062017“>10. Juni 2017: Fluggastdatengesetz (CDU/CSU und SPD)</h4><p>Für einen

Zeitraum von fürnf Jahren werden Fluggastdaten (unter anderem Name, Geburtsdatum,

Buchungs- und Flugdatum; so genannte *Passenger Name Records*, kurz PNR) <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/fluggastdaten-bundesrat-beschliesst-vorratsdatenspeicherung-aller-flugreisen/>“>gespeichert und Bundeskriminalamt sowie zahlreichen Geheimdiensten bereitgestellt. Das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/681“ (pdf) soll Europäisches Recht auf nationaler Ebene umsetzen.</p><p>Der <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/zu-viel-zu-lange-zu-wenig-kontrolliert-eugh-stutzt-vorratsdatenspeicherung-von-fluggastdaten-zusammen/>“>Europäische Gerichtshof stutzt ein ähnliches Abkommen über PNR-Daten zwischen EU und Kanada Ende Juli 2017 zusammen: Die erhobenen und ausgetauschten Daten würden zu viele Informationen über die Reisenden verraten.</p><h4 id=„18052017“>18. Mai 2017: Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht (CDU/CSU und SPD)</h4><p>Mittels dieses <a href=„<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/115/1811546.pdf>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101150901/http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/115/1811546.pdf>“ data-versiondate=„2018-11-01T15:09:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>Gesetzes (pdf) wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durch den Bundestag befähigt, elektronische Geräte von Geflüchteten auszulesen. Diese Technik soll verwendet werden, wenn die Personen keine Ausweispapiere vorlegen können. Dazu gehören Mobiltelefone und jegliche anderen Datenträger. So soll die Identität des Menschen herausgefunden werden.</p><p>Anwälte, Datenschutzbeauftragte und Menschenrechtsaktivisten <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/zur-identitaetspruefung-auswertung-der-datentraeger-von-asylbewerbern-ist-beschlossen/>“>kritisieren das Gesetz. Pro Asyl spricht vom gläsernen Flüchtling. Der Deutsche Anwaltverein <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/durchsuchung-von-asylbewerber-handys-anwaelte-haben-tiefgreifende-verfassungsrechtliche-bedenken/>“>äußert „tiefgreifende verfassungsrechtliche Bedenken“.</p><p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/799/79995.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101153901/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/799/79995.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T15:39:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><figure id=„attachment_173425“ class=„wp-caption alignright c3“><a href=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/20160714-PK-DB-Bodycams10.jpg>“><img src=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/20160714-PK-DB-Bodycams10-364x546.jpg>“ alt=„“ width=„364“ height=„546“ class=„size-large wp-image-173425“ srcset=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/20160714-PK-DB-Bodycams10-364x546.jpg> 364w, <https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/20160714-PK-DB-Bodycams10-150x225.jpg> 150w, <https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/20160714-PK-DB-Bodycams10.jpg> 800w“ sizes=„(max-width: 364px) 100vw, 364px“/> <figcaption class=„wp-caption-text“>Vorführung der neuen Bodycams 2016 in Berlin <a class=„“ rel=„license“ target=„_blank“ href=„<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>“>CC-BY-SA 4.0 <a href=„<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:20160714-PK-DB-Bodycams10.jpg>“>Freiheitsfoo</figcaption></figure><h4 id=„16052017“>16. Mai 2017:

Bodycams und Kennzeichen-Scanner für die Bundespolizei (CDU/CSU und SPD) </h4> <p>Die Bundespolizei darf nun sogenannte Bodycams und Kennzeichen-Scanner verwenden. Ersteres sind Kameras, die an der Uniform befestigt sind und auf Zuruf Videos aufnehmen. Die Scanner sollen Autos und deren Kennzeichen an öffentlichen Straßen registrieren und mit Fahndungsdatenbanken abgleichen. An <a href=„<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/109/1810939.pdf>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101163901/http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/109/1810939.pdf>“ data-versiondate=„2018-11-01T16:39:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>dem Gesetz (pdf) üben Oppositionspolitiker <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/bundestag-beschliesst-ausbau-der-videoueberwachung-kennzeichen-scanner-und-bodycams-fuer-die-bundespolizei/>“>starke Kritik und bezeichnen die Kennzeichen-Scanner als „Irrsinn“. </p> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/788/78848.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101181801/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/788/78848.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T18:18:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4 id=„05052017“>05. Mai 2017: Videoüberwachungsverbesserungsgesetz (CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Der Bundestag <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/heute-im-bundestag-grosse-koalition-zersplittert-datenschutz-und-untergraebt-grundrechte/>“>stimmt für das „Videoüberwachungsverbesserungsgesetz“ (pdf), gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Das Gesetz ermöglicht erstmals weitreichende Videoüberwachung an öffentlichen Orten wie Diskotheken, Einkaufszentren und Sportanlagen. Es ist Teil der <a href=„<https://netzpolitik.org/2016/innenminister-de-maiziere-fordert-vorratsdatenspeicherung-fuer-whatsapp-und-soziale-medien/>“>Überwachungsoffensive, die Bundesinnenminister Thomas de Mazière (CDU) im Sommer 2016 ankündigte.</p> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/788/78834.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101164801/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/788/78834.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T16:48:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h3>2016</h3> <h4 id=„31122016“>31. Dezember 2016: Reform des BND-Gesetzes (CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Infolge der Erkenntnisse aus den Snowden-Dokumenten <a href=„<https://netzpolitik.org/2016/bundesrat-winkt-bnd-gesetz-im-schnellverfahren-durch/>“>legalisiert die Bundesregierung vorher illegale Praktiken des Geheimdienstes mit dem <a href=„http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl116s3346.pdf“ data-versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101171503/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl116s3346.pdf“ data-

versiondate=„2018-11-01T17:15:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>„Gesetz zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes“ (pdf). Die vermeintliche Reform des <abbr title=„Bundesnachrichtendienst“>BND</abbr>-Gesetzes war von <a

href=„<https://netzpolitik.org/2016/bnd-gesetz-wird-freitag-verabschiedet-demos-in-berlin-und-scharfe-kritik-von-internetwirtschaft/>“>zivilgesellschaftlichem Widerspruch begleitet.</p> <p><a

href=„<https://netzpolitik.org/2016/warum-alle-gegen-das-bnd-gesetz-sind-ausser-der-bundesregierung/>“>Gründe gegen die Legalisierung gibt es genug: Kein wirksamer Ausbau der Kontrolle von Geheimdienstarbeit, Abhörten des In- und Auslands und die Fortsetzung der Weitergabe von Verkehrsdaten an die <abbr title=„National Security Agency“>NSA</abbr>. Reporter ohne Grenzen kritisiert, das <abbr title=„Bundesnachrichtendienst“>BND</abbr>-Gesetz ermögliche die <a href=„<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/meldung/bnd-darf-bald-auslaendische-journalisten-ueberwachen/>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101154505/https://www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/meldung/bnd-darf-bald-auslaendische-journalisten-ueberwachen/>“ data-versiondate=„2018-11-01T15:45:07+00:00“ data-amber-behavior=„“>Überwachung von ausländischen Journalisten.</p> <figure id=„attachment_173435“ class=„wp-caption aligncenter c4“><img

src=„https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/Bundesnachrichtendienst_Zentrale_Berlin_im_Bau-730x487.jpg“ alt=„“ width=„640“ height=„427“ class=„size-large wp-image-173435“

srcset=„https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/Bundesnachrichtendienst_Zentrale_Berlin_im_Bau-730x487.jpg 730w,

https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/Bundesnachrichtendienst_Zentrale_Berlin_im_Bau-300x200.jpg 300w“ sizes=„(max-width: 640px) 100vw, 640px“/> <figcaption class=„wp-caption-text“>Die neue BND-Zentrale in Berlin-Lichterfelde, wo dieser seit 2003 aus Pullach hinzieht. Das Kanzleramt <a

href=„<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesnachrichtendienst-das-muss-sich-beim-bnd-aendern-a-1089595.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101170302/http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesnachrichtendienst-das-muss-sich-beim-bnd-aendern-a-1089595.html>“ data-

versiondate=„2018-11-01T17:03:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>begründet den Umzug mit dem Versuch einer effektiveren Kontrolle. <a class=„“ rel=„license“ target=„_blank“

href=„<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>“>CC-BY-SA 4.0 Ohrenflimmern</figcaption></figure><p><small><a

href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/752/75280.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101153001/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/752/75280.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T15:30:03+00:00“ data-amber-

behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4 id=„30072016“>30. Juli 2016: Weiteres Anti-Terror-Paket (CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Die Bundesregierung erlässt <a

href=„<https://netzpolitik.org/2016/wir-veroeffentlichen-das-anti-terror-paket-der-ausweis-zwang-fuer-mobilfunk-kommt-auch-fuer-existierende-anschluesse/>“>ein weiteres Anti-Terror-Paket, mit dem gleich neun Gesetze auf einmal geändert werden. Dazu gehört die neu eingeführte Ausweispflicht beim Kauf von Prepaid-Mobilfunk-Karten. Ebenso kann in der Folge der Verfassungsschutz dem <abbr title=„Bundesnachrichtendienst“>BND</abbr> schneller Daten

weitergeben.

Das Gesetz bedarf keiner Zustimmung des Bundesrats.

<a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/746/74649.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101173301/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/746/74649.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T17:33:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>#8594; Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h4 id=„20042016“>20. April 2016: Bundesverfassungsgericht kippt Teile des BKA-Gesetzes</h4><p>Das Bundesverfassungsgericht erklärte <a href=„<https://netzpolitik.org/2016/ueberwachungskritisches-urteil-zum-bka-gesetz-und-zum-staatstrojaner/>“>das BKA-Gesetz in Teilen für verfassungswidrig und erlegt dem Gebrauch der Quellen-Telekommunikationsüberwachung, dem so genannten Staatstrojaner, Einschränkungen auf. Die Einschränkung soll den höchstpersönlichen Kernbereich des Betroffenen schützen, lässt aber viel Ermessensspielraum für die Ermittler beim Einsatz des Trojaners.</p><figure id=„attachment_156263“ class=„wp-caption aligncenter c4“><a href=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/bundesverfassungsgericht-2007.jpg>“><img src=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/bundesverfassungsgericht-2007-728x546.jpg>“ alt=„“ width=„640“ height=„480“ class=„size-large wp-image-156263“ srcset=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/bundesverfassungsgericht-2007-728x546.jpg> 728w, <https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/bundesverfassungsgericht-2007-300x225.jpg> 300w, <https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/bundesverfassungsgericht-2007.jpg> 1024w“ sizes=„(max-width: 640px) 100vw, 640px“/> <figcaption class=„wp-caption-text“>Gebäude des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe <a class=„“ rel=„license“ target=„_blank“ href=„<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/deed.de>“>CC-BY-NC-ND 2.0 hgnize</figcaption></figure><h4 id=„05022016“>05. Februar 2016: Datenaustauschverbes­erungsgesetz (CDU/CSU und SPD)</h4><p>Das Datenaustauschverbes­erungsgesetz (pdf) ermöglicht verschiedenen Ämtern, aber auch Polizeien und Geheimdiensten, auf Daten von Asylsuchenden zuzugreifen. Dazu gehören unter anderem Fingerabdrücke und weitere Personendaten. Das Bundeskriminalamt kann zudem automatisiert auf die Daten aller in Deutschland lebender Ausländer zugreifen. Die genauen Zusammenhänge <a href=„<https://netzpolitik.org/2016/gefluechtete-als-datenmasse-riesiger-datenpool-fuer-viele-behoerden/>“>erklärte Dirk Burzcyk im Gastbeitrag.</p><p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/710/71011.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101174502/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/710/71011.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T17:45:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>#8594; Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h3>2015</h3><h4 id=„18122015“>18. Dezember 2015: Vorratsdatenspeicherung (CDU/CSU und SPD)</h4><p>Das <a href=„http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl115s2218.pdf“

data-

versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101173902/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startrbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl115s2218.pdf“ data-

versiondate=„2018-11-01T17:39:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>„Gesetz zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für

Verkehrsdaten“ (pdf) kann in den Augen der Bundesregierung erfolgreich in Kraft treten.

Zwei Jahre später, zum verpflichtenden Beginn der Vorratsdatenspeicherung am 1. Juli 2017,

wehren sich mehrere Provider auch gerichtlich gegen die fragwürdige Rechtsgrundlage. <a

href=„<https://netzpolitik.org/2017/bundesnetzagentur-erst-einmal-keine-pflicht-zur-vorratsdatenspeicherung/>“>Die Bundesnetzagentur verkündet, bis zum Abschluss der

Hauptgerichtsverfahren keine Strafen zu verhängen, wenn Provider nicht speichern.</p>

<p>Ebenso wird der Straftatbestand der Datenhehlerei eingeführt. Dies <a

href=„<https://netzpolitik.org/2015/warum-der-vorschlag-zur-straftbarkeit-der-datenhehlerei-die-pressefreiheit-gefaehrdet/>“>gefährt die Pressefreiheit. Journalisten, die mit geleakten

Informationen arbeiten, können sich plötzlich strafbar machen.</p>

<p>Unsere <a href=„<https://netzpolitik.org/2015/chronologie-vds/>“>Chronologie der Vorratsdatenspeicherung

listet auf, welche Institutionen und Personen sich gegen die Speicherung aussprachen.</p>

<p>Justizminister Heiko Maas (SPD), verantwortlich für die Umsetzung dieses Gesetzes, sprach

sich noch ein Jahr zuvor „entschieden“ gegen eine Vorratsdatenspeicherung aus.</p>

<div class=„responsive-video“> <blockquote class=„twitter-tweet“ data-width=„550“ data-

dnt=„true“> <p lang=„de“ dir=„ltr“>#VDS lehne ich entschieden ab – verstößt gg Recht auf Privatheit u Datenschutz. Kein deutsches

Gesetz u keine EU-RL! <a href=„<http://t.co/TOnbqi2vST>“>http://t.co/TOnbqi2vST</p>

<p>— Heiko Maas (@HeikoMaas) December

15, 2014</p> </blockquote> </div> <p><small><a

href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/672/67296.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101143002/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/672/67296.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T14:30:04+00:00“ data-amber-

behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4

id=„10122015“>10. Dezember 2015: Anti-Terror-Gesetze erneut verlängert (CDU/CSU und

SPD)</h4> <p>Die in Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001 eingeführten

Anti-Terror-Gesetze werden um weitere fünf Jahre <a

href=„<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw45-de-terrorismus/393064>“ data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101164505/https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw45-de-terrorismus/393064>“ data-versiondate=„2018-11-01T16:45:08+00:00“ data-

amber-behavior=„“>verlängert. Die Regierung sieht sich in der Pflicht, Befugnisse von

Polizei und Geheimdiensten nicht einzuschränken, sondern vermeintlich erfolgreiche

Strafverfolgung eben dadurch zu ermöglichen.</p> <p><small><a

href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/685/68560.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101154803/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/685/68560.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T15:48:05+00:00“ data-amber-

behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4

id=„21112015“>21. November 2015: Reform des Verfassungsschutzes und weiterer Behörden

(CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Im Zuge der Aufarbeitung des NSU-Komplexes sollen die

Verfassungsschutzbehörden mittels einer Überarbeitung des regedelnden Gesetzes

reformiert werden. Das Bundesamt für Verfassungsschutz, das den Landesbehörden

vorsteht, <a

href=„https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw27_de_verfassungsschutzreform/379776“

data-

versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101170902/https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw27_de_verfassungsschutzreform/379776“ data-

versiondate=„2018-11-01T17:09:04+00:00“ data-amber-behavior=„>bekommt eine stärkeren ÞZentralstellenfunktionÜ und die Arbeit mit V-Person soll <a href=„<https://netzpolitik.org/2015/neues-verfassungsschutz-gesetz-bnd-will-ueberwachung-zum-gefahrenbereich-cyber-massiv-ausbauen/>“>Þgesetzlich festgelegtÜ werden, um eine ÞStärkung der AkzeptanzÜ zu fördern.</p><p>Ein wichtiger Punkt bezüglich des neuen Verfassungsschutzgesetzes ist die Einführung des ÞNachrichtendienstlichen Informationssystem WissensnetzÜ (Nadis WN). Das vorher bestehende Nadis (ohne WN) wird erweitert und sammelt zentral und lübergreifend Informationen zu Erkenntnissen unter anderen um und von V-Personen.</p><p>Zudem werden acht weitere Gesetze angepasst. So soll der BND nun mehr ÞCyberÜ dürften. Das heißt, beim Abhören von Internetleitungen sollen laut Gesetz ÞCyber-GefahrenÜ erkannt und Informationen an andere Behörden weitergeleitet werden. Ebenso wird das Artikel-10-Gesetz geändert.</p><p>Die Bundesdatenschutzbeauftragte darf <a

href=„<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/www.spiegel.de/politik/deutschland/datenschutzbeauftragte-warnt-vor-verfassungsschutzreform-a-1036189.html>“>laut SPIEGEL-Informationen nicht an einer öffentlichen Anhörung zum Gesetzespaket teilnehmen, da ihre Kritik (<a

href=„<https://netzpolitik.org/2015/verfassungsschutz-gesetz-die-stellungnahme-der-datenschutzbeauftragten-die-der-union-zu-kritisch-war/>“>ÞverfassungswidrigÜ) der Union zu harsch war.</p><p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/661/66137.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101141502/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/661/66137.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T14:15:04+00:00“ data-amber-

behavior=„>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h4 id=„25072015“>25. Juli 2015: Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (CDU/CSU und SPD)</h4><p>Das <a

href=„http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl115s0904.pdf“

data-

versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101134503/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl115s0904.pdf“ data-

versiondate=„2018-11-01T13:45:04+00:00“ data-amber-behavior=„>IT-Sicherheitsgesetz (pdf) hat <a

href=„<https://netzpolitik.org/2015/heute-im-bundestag-verabschiedung-des-it-sicherheitsgesetzes-ein-ueberblick/>“>hohe Ansprüche, erfühlt davon aber wenige: ÞIT-Sicherheit wird dadurch nicht erhöht, sondern simuliertÜ. Der <a

href=„<https://netzpolitik.org/2015/ccc-it-sicherheitsgesetz-schafft-nicht-mehr-sicherheit/>“>Chaos Computer Club stellte in der <a

href=„<https://netzpolitik.org/2015/anhoerung-zum-it-sicherheitsgesetz-im-bundestag/>“>Expertenanhörung klar, dass reines Dokumentieren und Protokollieren seitens Unternehmen nicht zur IT-Sicherheit beiträgt.</p><p><small><a

href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/643/64396.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101172401/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/>

[643/64396.html](#)“ data-versiondate=„2018-11-01T17:24:03+00:00“ data-amber-behavior=„>“→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4 id=„12062015“>12. Juni 2015: Gesetz zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen (CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Im Zuge der Vorbereitung und letztendlich nicht erfolgreichen PKW-Maut fügen Union und SPD <a href=„http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL&jumpTo=bgbl115s0904.pdf“

data-versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101134503/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL&jumpTo=bgbl115s0904.pdf“ data-versiondate=„2018-11-01T13:45:04+00:00“ data-amber-behavior=„>“→ dem Gesetz (pdf) die Möglichkeit des Massenscannings von Kfz-Kennzeichen hinzu. Wir <a href=„<https://netzpolitik.org/2014/kennzeichenscanner-und-rasterfahndung-von-autos-wir-veroeffentlichen-den-gesetzesentwurf-zur-pkw-maut/>“>veröffentlichten den aus mehreren Aspekten umstrittenen Gesetzentwurf im Vorhinein. Die Opposition warnt vor dem „Gläsernen Autofahrer“ und „der Gefahr der Erstellung höchst aussagekräftiger Bewegungsprofile“.</p> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/644/64401.html>“

data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101163002/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/644/64401.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T16:30:03+00:00“ data-amber-behavior=„>“→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4 id=„01012015“>01. Januar 2015: Gesetz zur Änderung des Antiterrordateigesetzes und anderer Gesetze (CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Die <a href=„http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL&jumpTo=bgbl114s2318.pdf“

data-versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101163304/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL&jumpTo=bgbl114s2318.pdf“ data-versiondate=„2018-11-01T16:33:05+00:00“ data-amber-behavior=„>“Überarbeitung (pdf) des Antiterrordateigesetzes soll die Rechte der dort Erfassten besser schützen. Jedoch verwandelt die Große Koalition diese Datei von einer bloßen Hinweisdatei hin zu einer Analysedatei.</p> <p>Stefan Krempel <a href=„<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Bundestag-beschliesst-Reform-der-Anti-Terror-Datei-2426703.html>“

data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101171802/https://www.heise.de/newsticker/meldung/Bundestag-beschliesst-Reform-der-Anti-Terror-Datei-2426703.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T17:18:04+00:00“ data-amber-behavior=„>“→ fasst für Heise zusammen: „Die ‚erweiterte Datennutzung‘ soll erlaubt sein für ‚Rechercheprojekte‘, um terroristische Bestrebungen aufzuklären sowie um ‚qualifizierte‘ Straftaten zu verfolgen und zu verhüten.“</p> <p>Die Bundesdatenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff <a href=„<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Anti-Terror-Datei-Bundesdatenschuetzerin-stellt-sich-gegen-die-Regierung-2265733.html>“

data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101230902/https://www.heise.de/newsticker/meldung/Anti-Terror-Datei-Bundesdatenschuetzerin-stellt-sich-gegen-die-Regierung-2265733.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T23:09:03+00:00“ data-amber-behavior=„>“→ sagte zuvor, es gebe „erhebliche verfassungsrechtliche Risiken“.</p> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/593/59398.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101224501/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/593/59398.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T22:45:02+00:00“ data-amber-behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h3>2013</h3> <h4 id=„01072013“>01. Juli 2013: Gesetz zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes und zur Neuregelung der Bestandsdatenauskunft (CDU/CSU und FDP)</h4> <p>Die <a href=„http://www.bgbli.de/xaver/bgbli/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBli&jumpTo=bgbli113s1602.pdf“

data-

versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101230002/http://www.bgbli.de/xaver/bgbli/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBli&jumpTo=bgbli113s1602.pdf“ data-versiondate=„2018-11-01T23:00:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>Neuregelung der Bestandsdatenauskunft (pdf) sieht eine genaue Zuordnung von IP-Adressen zu Personen vor, auf die Behörden mit Richtervorbehalt zugreifen können. Diese Schnittstelle soll nicht nur bei Straftaten, sondern auch Ordnungswidrigkeiten <a href=„<https://netzpolitik.org/2013/bestandsdatenauskunft-bundestag-beschliesst-morgen-schnittstelle-zur-identifizierung-von-personen-im-internet/>“>zur Verfügung stehen. Die abrufbaren Daten umfassen auch PINs und PUKs von SIM-Karten.</p><p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/486/48610.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20180926235802/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/486/48610.html>“ data-versiondate=„2018-09-26T23:58:03+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4 id=„01062013“>01. Juni 2013: Visa-Warndatei (CDU/CSU und FDP)</h4> <p>Ziel des <a href=„<https://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/vwdg/gesamt.pdf>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20170725175254/https://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/vwdg/gesamt.pdf>“ data-versiondate=„2017-07-25T17:52:56+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>„Gesetz zur Errichtung einer Visa-Warndatei und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes“ (pdf) ist es, die Daten von Deutschen, die Menschen aus visumpflichtigen Ländern nach Deutschland einladen und ihnen so ein Visum ermöglichen, in einer Datenbank zu speichern. Dabei werden Daten mit der <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#31122006>“>Anti-Terror-Datei abgeglichen.</p> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/361/36165.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20180926232802/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/361/36165.html>“ data-versiondate=„2018-09-26T23:28:03+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h3>2012</h3> <h4 id=„31082012“>31. August 2012: Einführung der Rechtsextremismus-Datei (CDU/CSU und FDP)</h4> <p>Die von Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) entworfene <a href=„<https://netzpolitik.org/2012/rechtsextremismus-datei-antiterror-datei-fur-nazis-oder-aus-der-einbahnstrasse-der-kommunikation-wird-eine-autobahn/>“>Rechtsextremismus-Datei soll Informationen über „gewalttätige“ und „gewaltbezogene“ Personen sammeln. Polizei, Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst arbeiten

zusammen und füllen die Datenbank. Dies ist eine klare Aufweichung des ungeschriebenen Trennungsgebots von Polizei und Geheimdiensten – und ermöglicht Missbrauch.</p> <p>Die Einföhrung geschieht als Reaktion auf die Terrorserie des Nationalsozialistischen Untergrunds. Zugrunde liegt das am 06. Juli 2012 beschlossene <a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/417/41716.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101194801/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/417/41716.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T19:48:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>„Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus“.</p> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/417/41716.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101194801/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/417/41716.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T19:48:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4 id=„10012012“>10. Januar 2012: Änderung des Terrorismusbekämpfungsgesetz (CDU/CSU und FDP)</h4> <p>Union und FDP änderten das <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#01012002a>“>2002 eingeföhrte Terrorismusbekämpfungsgesetz. Die Änderung war eine Verlängerung des Gesetzes um weitere fünf Jahre, nachdem es <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/05012007>“>bereits 2007 verlängert wurde.</p> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/60/6083.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101220001/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/60/6083.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T22:00:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4 id=„10012012“>10. Januar 2012: Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes (CDU/CSU und FDP)</h4> <p>Trotz des Namens ändert dieses Gesetz (pdf) nicht nur das entsprechende Gesetz für den Verfassungsschutz, sondern auch <abbr title=„Bundesnachrichtendienst“>BND</abbr> und <abbr title=„Militärischer Abschirmdienst“>MAD</abbr>. Dazu gehört eine Verlängerung des Anti-Terror-Gesetzespaketes und die Ausweitung, dass Geheimdienste Flugbuchungssysteme und Bankkontoregister einsehen dürfen.</p> <figure id=„attachment_173488“ class=„wp-caption aligncenter c4“><img src=„https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/Bundesamt_fuer_Verfassungsschutz-730x256.jpg“ alt=„“ width=„640“ height=„224“ class=„size-large wp-image-173488“ srcset=„https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/Bundesamt_fuer_Verfassungsschutz-730x256.jpg 730w, https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/Bundesamt_fuer_Verfassungsschutz-300x105.jpg 300w, https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/Bundesamt_fuer_Verfassungsschutz.jpg 1600w“

sizes=„(max-width: 640px) 100vw, 640px“/> <figcaption class=„wp-caption-text“>Zentrale des Bundesverfassungsschutzes in Köln <a class=„“ rel=„license“ target=„_blank“ href=„<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de>“>CC-BY-SA 3.0 A. Kirch</figcaption></figure><p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/378/37856.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101190901/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/378/37856.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T19:09:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h3>2011</h3> <h4 id=„29122011“>29. Dezember 2011: Gesetz zur Optimierung der Geldwäscheprävention (CDU/CSU und FDP)</h4> <p>Anonyme Zahlungskarten konnte man bisher für jeden Wert zum Beispiel in Kiosken kaufen. Mit diesem Gesetz (pdf) muss der Verkäufer nun – bei einem Wert von über 100 Euro – Daten aus dem Personalausweis erfassen und für fünf Jahre speichern.</p><p>Der Bundesdatenschutzbeauftragte, Peter Schaar, <a href=„<http://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/a-804101-3.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101200302/http://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/a-804101-3.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T20:03:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>warnt vor der „bestehende[n] Tendenz, individuelles Handeln in immer stärkerem Maße zu registrieren“.</p> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/361/36164.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101213901/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/361/36164.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T21:39:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4 id=„13042011“>13. April 2011: Gesetz zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige (CDU/CSU und FDP)</h4> <p>Erfolgreiche Visa-Anträge, Aufenthaltserlaubnisse und Niederlassungserlaubnisse werden nun mit einem RFID-Chip versehen. Diese speichern Informationen zu der Person, ein biometrisches Foto und Fingerabdrücke. Das Gesetz (pdf) folgt der <a href=„<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=celex%3A32008R0380>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101185403/http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=celex%3A32008R0380>“ data-versiondate=„2018-11-01T18:54:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>EU-Verordnung 380/2008.</p> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/291/29168.html>“ data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101220901/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP17/291/29168.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T22:09:04+00:00“ data-amber-behavior=„>“→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h3>2010</h3> <h4 id=„01052010“>01. Mai 2010: Überarbeitung des Personalausweisgesetzes (CDU/CSU und FDP)</h4> <p>Die <a href=„http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl109s1346.pdf“

data-versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101194503/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl109s1346.pdf“ data-versiondate=„2018-11-01T19:45:03+00:00“ data-amber-behavior=„>umfangreiche Erweiterung (pdf) des ursprünglichen Personalausweisgesetzes <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#01011951>“>von 1951 beinhaltet unter anderem eine neue Serien- und Geheimziffer für den Ausweis. Zudem können personenbezogene Daten zur Überprüfung der Identität mittels Chip abgerufen werden. Optional kann dieser Chip zur Identifizierung im Internet verwendet werden.</p><p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/154/15407.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101231801/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/154/15407.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T23:18:03+00:00“ data-amber-behavior=„>“→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h3>2009</h3> <h4 id=„05092009“>05. September 2009: Gesetz zu dem Abkommen vom 1. Oktober 2008 (CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Das <a href=„http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl209s1010.pdf“

data-versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101230302/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl209s1010.pdf“ data-versiondate=„2018-11-01T23:03:02+00:00“ data-amber-behavior=„>Gesetz (pdf) beschließt das „Abkommen über die Vertiefung der Zusammenarbeit bei der Verhinderung und Bekämpfung schwerwiegender Kriminalität“ zwischen Deutschland und den USA. Mittels dieses Abkommens sollen personenbezogene Daten online und international ausgetauscht werden: Namen, Geburtsdaten, DNA-Profile, Fingerabdrücke sowie Informationen zu vermuteten Gefährdungspotenzialen.</p><p>Der Begriff „schwerwiegende Kriminalität“ wurde in diesem Text nicht genau definiert. Peter Schaar <a href=„http://www.deutschlandfunk.de/schaar-warnt-vor-datenzugriff-aus-den-usa.694.de.html?dram:article_id=65534“

data-versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101190002/http://www.deutschlandfunk.de/schaar-warnt-vor-datenzugriff-aus-den-usa.694.de.html?dram:article_id=65534“ data-versiondate=„2018-11-01T19:00:03+00:00“ data-amber-behavior=„>kritisiert, dass das US-amerikanische Datenschutzrecht allgemein auch nur für US-Bürger gilt.</p><p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/193/19380.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101222401/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/193/19380.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T22:24:03+00:00“ data-amber-behavior=„>“→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h4 id=„01092009“>01. September 2009: Gesetz über das Verfahren des elektronischen Einkommensnachweises (CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Das <a href=„http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl109s0634.pdf“

data-

versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101193003/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl109s0634.pdf“ data-

versiondate=„2018-11-01T19:30:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>ELENA-Verfahrensgesetz (pdf) hat eine relativ kurze Lebenszeit. Es sieht eine zentrale elektronische Speicherung sämtlicher Einkommensdaten von Arbeitnehmern für die Dauer von vier Jahren vor, wird aber zwei Jahre später aus datenschutzrechtlichen Bedenken <a href=„<https://www.buzer.de/s1.htm?g=2011+I+2298&f=1>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20180913223301/https://www.buzer.de/s1.htm?g=2011+I+2298&f=1>“ data-versiondate=„2018-09-13T22:33:02+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>rückgängig gemacht.</p> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/89/8926.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101191802/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/89/8926.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T19:18:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4 id=„20082009“>20. August 2009: Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in der Informationstechnik des Bundes (CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Die „Stärkung der Sicherheit“ entspricht einer kleinen Vorratsspeicherung bei der Nutzung staatlicher Internetportale. Diese Protokollierung dient der „Abwehr von Gefahren
 für die Kommunikationstechnik“. <a href=„http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl109s2821.pdf“

data-

versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101205402/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl109s2821.pdf“ data-versiondate=„2018-11-01T20:54:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>Das Gesetz (pdf) schränkt Artikel 10 des Grundgesetzes ein.</p> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/179/17933.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101215401/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/179/17933.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T21:54:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4 id=„05082009a“>05. August 2009: Gesetz zur Änderung des Europol-Gesetzes (CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Europol darf nun neben organisierter auch schwere Kriminalität verfolgen. Diese Straftaten werden für Deutschland unter anderem in <a href=„https://www.gesetze-im-internet.de/stpo/_100a.html“

data-

versionurl=„http://web.archive.org/web/20170720110257/https://www.gesetze-im-internet.de/stpo/_100a.html“ data-versiondate=„2017-07-20T11:02:58+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>§ 100a StPO aufgelistet. Zu dem <a href=„http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl109s2504.pdf“

data-

versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101203003/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl109s2504.pdf“ data-versiondate=„2018-11-01T20:30:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>Gesetz (pdf) gehören schwerwiegende Befugniserweiterungen wie automatisierter Datenaustausch zwischen Europol und nationalen Polizeibehörden und die Freigabe von Daten nicht vorbestrafter Bürger.</p> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/193/19377.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101231501/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/193/19377.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T23:15:05+00:00“ data-amber-behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4 id=„05082009b“>05. August 2009: Erstes Gesetz zur Änderung des Artikel-10-Gesetzes (CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Diese <a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/58/5862.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101191501/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/58/5862.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T19:15:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>erste Änderung des Artikel-10-Gesetzes sieht Befugniserweiterungen für den <abbr title=„Bundesnachrichtendienst“>BND</abbr> im Bereich Waffen- und Rauschgifthandel sowie Schleusung vor. Ebenso soll der Verfassungsschutz Daten mit Finanzämtern austauschen können und Minderjährige überwachen und orten dürten.</p> <p><a href=„https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_10.html“

data-

versionurl=„http://web.archive.org/web/20170614180142/https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_10.html“ data-versiondate=„2017-06-14T18:01:44+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>Artikel 10 des Grundgesetzes sei an dieser Stelle in Gänze zitiert:</p> <blockquote> <p>(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
 (2) Beschränkungen dürten nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.</p> </blockquote> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/58/5862.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101191501/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/58/5862.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T19:15:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4 id=„01012009“>01. Januar 2009: Gesetz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt (CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Mit <a href=„http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl108s3083.pdf“

data-

versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101184503/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl108s3083.pdf“ data-versiondate=„2018-11-01T18:45:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>diesem Gesetz (pdf) (eine Reform des <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#09031951>“>BKA-Gesetzes) werden die Befugnisse des Bundeskriminalamts neben Strafverfolgung auch auf Gefahrenabwehr ausgeweitet. Rasterfahndung, die optische und akustische Überwachung von Wohnungen und die Überwachung von Telekommunikation sind nun möglich. Bei der Abstimmung gibt es bis zu <a href=„<https://netzpolitik.org/2008/heute-ist-bka-gesetz-tag/>“>70 Abweichler aus den Regierungsparteien. Das Bundesverfassungsgericht befindet es später als <a href=„<https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/bvg16-019.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20170729201754/https://www.bundesverfassungsgericht.de/>

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20180913225301/https://www.buzer.de/s1.htm?g=Gesetz+zu+r+Neuregelung+der+Telekommunikations%C3%BCberwachung+und+anderer+verdeckter+Ermittlung+smas%C3%9Fnahmen+sowie+zur+Umsetzung+der+Richtlinie+2006%2F24%2FEG&f=1>“ data-versiondate=„2018-09-13T22:53:02+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikations-berwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmasnahmen werden Telefon-, Internet- und Telekommunikations-Anbieter gezwungen, ber einen Zeitraum von sechs Monaten Verbindungsdaten zu speichern. Diese Metadaten bestehen je nach Dienst aus Anfang und Ende der Kommunikation, Informationen ber einzelne Kommunikationsteilnehmer und IP-Adressen.</p> <p>Durch Aktivisten formierten sich <a href=„<https://netzpolitik.org/2008/315-aktionstag-gegen-die-vorratsdatenspeicherung/>“>deutschlandweite Proteste und Kundgebungen gegen das umstrittene Gesetz, welches unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung verabschiedet wurde.</p> <p>Der Rundfunksender Phoenix fasst am Tag des Beschlusses im Bundestag die Parlamentsdebatten und somit die damaligen Argumente der Abgeordneten zusammen.</p> <div class=„responsive-video“><iframe width=„760“ height=„428“ src=„<https://www.youtube-nocookie.com/embed/eShnODjzZPY?feature=oembed>“ frameborder=„0“ allow=„autoplay; encrypted-media“ allowfullscreen=„allowfullscreen“>[embedded content]</iframe></div> <p>Berger unter Generalverdacht zu stellen, persifliert <a href=„<http://www.alexanderlehmann.net/>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101223301/http://www.alexanderlehmann.net/>“ data-versiondate=„2018-11-01T22:33:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>Alexander Lehmann in dem Video Du bist Terrorist, das kurz wesentliche Merkmale der massenhaften Speicherung erklrt.</p> <div class=„responsive-video“><iframe width=„760“ height=„428“ src=„<https://www.youtube-nocookie.com/embed/SGD2q2vewzQ?feature=oembed>“ frameborder=„0“ allow=„autoplay; encrypted-media“ allowfullscreen=„allowfullscreen“>[embedded content]</iframe></div> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/89/8922.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101210301/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/89/8922.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T21:03:05+00:00“ data-amber-behavior=„“>#8594; Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h3>2007</h3> <h4 id=„29122007“>29. Dezember 2007: Jahressteuergesetz 2008 (CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Mit dem Jahressteuergesetz 2008 (pdf) sieht die Bundesregierung eine zentrale Steuerdatei fber alle Berger vor. Dazu gehrt die Abschaffung von Lohnkarten hin zur digitalen Steuer-Identifikationsnummer mitsamt Speicherung von Informationen ber die Religionszugehrigkeit, Ehepartner sowie Kinder. Insbesondere soll dies fber Arbeitgeber einsehbar sein, was Peter Schaar als vllig unangemessen “ <a href=„<https://www.welt.de/politik/article1089567/Datenschuetzer-warnen-vor-glaesernem-Buerger.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101212401/https://www.welt.de/politik/article1089567/Datenschuetzer-warnen-vor-glaesernem-Buerger.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T21:24:05+00:00“ data-amber-behavior=„“>ansieht.</p>

<a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/94/9466.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101184802/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/94/9466.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T18:48:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>#8594; Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4 id=„13122007“>13. Dezember 2007: Zensusvorbereitungsgesetz 2011 (CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Das <a href=„http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl107s2808.pdf“

data-versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101200903/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl107s2808.pdf“ data-versiondate=„2018-11-01T20:09:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>Gesetz (pdf) sieht Zwangsbefragung von Bürgerinnen, den Aufbau eines Anschriften- und Gebäuderegisters sowie den Aufbau eines Verzeichnisses zu Geburtsort und Geburtsstaat vor.</p> <p>Peter Schaar <a href=„<http://rsw.beck.de/cms/?toc=MMR.ARC.200712&docid=247856>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101210003/http://rsw.beck.de/cms/?toc=MMR.ARC.200712&docid=247856>“ data-versiondate=„2018-11-01T21:00:07+00:00“ data-amber-behavior=„“>spricht sich klar gegen dieses Sammeln aus: „[Es] werden personenbezogene Daten, die zunächst für ganz andere Verwaltungszwecke erhoben worden waren, zu Zwecken der Volkszählung zusammengeführt. Auch hierbei muss das Recht des Bürgers auf Überschaubarkeit der Datenverwendung geschützt werden.“</p> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/91/9126.html>“

data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20180926224802/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/91/9126.html>“ data-versiondate=„2018-09-26T22:48:03+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>#8594; Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4 id=„15112007b“>15. November 2007: PNR-Abkommen 2007 (CDU/CSU und SPD)</h4>

<p>Passenger Name Records (PNR) sollen zwischen der Europäischen Union und den USA ausgetauscht werden. Dazu gehören unter anderem Namen und Adresse des Fliegenden sowie Zahlungsart und Kontaktdaten. Obwohl die Anzahl an Daten von 34 auf 17 Punkte vermeintlich verkleinert werden sollte, sind nur mehrere Unterpunkte zusammengefasst worden. Die Speicherfrist wird von drei auf 15 Jahre angehoben.</p> <p>Kritik an <a href=„<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/067/1606750.pdf>“

data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101190301/http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/067/1606750.pdf>“ data-versiondate=„2018-11-01T19:03:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>dem Gesetz (pdf) gibt es vor allem aus der Opposition. Der Grüne Omid Nouripour <a href=„<https://www.heise.de/newsticker/meldung/EU-Diplomaten-segnet-Flugdaten-Abkommen-mit-den-USA-ab-145826.html>“

data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101224803/https://www.heise.de/newsticker/meldung/EU-Diplomaten-segnet-Flugdaten-Abkommen-mit-den-USA-ab-145826.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T22:48:05+00:00“ data-amber-behavior=„“>kündigt an, vor den Europäischen Gerichtshof zu ziehen.</p> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/109/10988.html>“

data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101213001/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/109/10988.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T21:30:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>#8594; Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4 id=„15062007“>15. Juni 2007: Gesetz zur Änderung des Zollfahndungsdienstgesetzes und

anderer Gesetze (CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Die Regierungsfractionen beschließen das <a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/91/9181.html>“ data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101201501/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/91/9181.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T20:15:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>Gesetz, um dem Zoll verdeckte Videoüberwachung und das Abhören von Wohnungen sowie erleichterte Telekommunikationsüberwachung zu ermöglichen. Ebenso werden Daten mit ausländischen Behörden geteilt.</p> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/91/9181.html>“ data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101201501/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/91/9181.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T20:15:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>ɒ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4 id=„12042007“>12. April 2007: Fingerabdrücke im Reisepass gespeichert (CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Die Bundesregierung entscheidet unter Federführung von Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU), dass Fingerabdrücke in Reisepässen gespeichert werden sollen. So werden die Daten nur im Chip und in keiner Datenbank gespeichert, wie <a href=„<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Kabinett-verabschiedet-Gesetzentwurf-zur-Aufnahme-von-Fingerabdruecken-in-Reisepaessen-128672.html>“ data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101193903/https://www.heise.de/newsticker/meldung/Kabinett-verabschiedet-Gesetzentwurf-zur-Aufnahme-von-Fingerabdruecken-in-Reisepaessen-128672.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T19:39:05+00:00“ data-amber-behavior=„“>in einer Pressemitteilung beteuert wird. Zur gleichen Zeit entwickelt sich eine öffentliche Debatte, weil Schäuble den automatisierten Zugriff auf die Fingerabdrücke <a href=„<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Heftiger-Streit-um-automatischen-Polizeizugriff-auf-biometrische-Passdaten-166623.html>“ data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101233001/https://www.heise.de/newsticker/meldung/Heftiger-Streit-um-automatischen-Polizeizugriff-auf-biometrische-Passdaten-166623.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T23:30:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>für die Polizei ausweiten will.</p> <h4 id=„01032007“>01. Mär; 2007: Telemediengesetz (CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Mit dem <a href=„http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl107s0179.pdf“ data-

versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101203302/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl107s0179.pdf“ data-versiondate=„2018-11-01T20:33:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>„Gesetz zur Vereinheitlichung von Vorschriften über bestimmte elektronische Informations- und Kommunikationsdienste“ (pdf) dürften, mitunter müssen, Provider Daten an Sicherheitsbehörden und private Rechteinhaber herausgeben.</p> <p><small><a href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/81/8117.html>“ data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101192401/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/81/8117.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T19:24:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>ɒ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h4 id=„11012007“>11. Januar 2007: Änderung des Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz (CDU/CSU und SPD)</h4> <p>Union und SPD ändern das <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#01012002a>“>2002

eingeführt Terrorismusbekämpfungsgesetz. Die <a href=

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101220001/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/60/6083.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T22:00:03+00:00“ data-amber-

behavior=„>änderungen sind eine Verlängerung des Gesetzes um fünf Jahre sowie erweiterte Auskunftsbefugnisse für

title=„Bundesnachrichtendienst“>BND</abbr>, <abbr

title=„Bundesverfassungsschutz“>BfV</abbr> und <abbr title=„Militärischer

Abschirmdienst“>MAD</abbr>. Dazu dürfen Geheimdienste nun Personen im nationalen polizeilichen Informationssystem (INPOL) sowie im Schengener Informationssystem (SIS) eintragen und somit zur Fahndung ausschreiben.</p><p><small><a

href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/60/6083.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101220001/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/60/6083.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T22:00:03+00:00“ data-amber-behavior=„>8594;

Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h3>2006</h3><h4

id=„31122006“>31. Dezember 2006: Anti-Terror-Datei (CDU/CSU und SPD)</h4><p>Nachdem <a

href=„<https://netzpolitik.org/2006/kabinett-segnet-anti-terror-datei-ab/>“>das Kabinett zwei Monate

zuvor das <a href=„<http://dipbt.bundestag.de/dip21/brd/2006/0893-06B.pdf>“ data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101220301/http://dipbt.bundestag.de/dip21/brd/2006/0893-06B.pdf>“ data-versiondate=„2018-11-01T22:03:02+00:00“ data-amber-behavior=„>Gesetz

(pdf) absegnete, <a

href=„[https://netzpolitik.org/2006/anti-terror-datei-ist-heute-im-bundestag-beschlossen-](https://netzpolitik.org/2006/anti-terror-datei-ist-heute-im-bundestag-beschlossen-worden/)

worden/“>beschließen Union und SPD zum 31. Dezember das „Gemeinsame-

Dateien-Gesetz“. Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) legt somit 38 Datenbanken

von Polizei und Geheimdiensten zusammen, mit dem Zweck, die Zusammenarbeit zu

fordern.</p><p>Das Bundesverfassungsgericht erklärt 2013 das Gesetz teilweise für verfassungswidrig

– im Zuge einer Verfassungsbeschwerde.</p><p><small><a

href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/60/6091.html>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101204502/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/60/6091.html>“ data-versiondate=„2018-11-01T20:45:03+00:00“ data-amber-behavior=„>8594;

Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h4 id=„19052006“>19.

Mai 2006: Prämier Vertrag (CDU/CSU und SPD)</h4><p>Der Bundestag <a

href=„https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=//%5B@attr_id=%27bgbl106s1458.pdf%27%5D“

data-

versionurl=„http://web.archive.org/web/20181101223006/https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=//%5B@attr_id=%27bgbl106s1458.pdf%27%5D“ data-

versiondate=„2018-11-01T22:30:08+00:00“ data-amber-behavior=„>ratifiziert den Prämier

Vertrag (pdf). Mit diesem Vertrag über die Vertiefung der

grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des

Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration“

entschlossen 2005 in Prämien sieben Länder (Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich,

Luxemburg, die Niederlande und Österreich), den Informationsaustausch ihrer nationalen

Polizeien zu fördern. Zu den Informationen gehören DNA- und Kfz-Daten sowie

gespeicherte Fingerabdrücke.</p><p><small><a

href=„<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/91/9192.html>“
data-
versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102030001/http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/91/9192.html>“ data-versiondate=„2018-11-02T03:00:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>→
Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h3>2005</h3> <h4
id=„01112005“>01. November 2005: Biometrischer Reisepass</h4> <figure
id=„attachment_173442“ class=„wp-caption alignright c5“><a
href=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/reisepass-scan-biometrie.jpg>“><img
src=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/reisepass-scan-biometrie-413x546.jpg>“ alt=„“
width=„413“ height=„546“ class=„size-large wp-image-173442“
srcset=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/reisepass-scan-biometrie-413x546.jpg> 413w,
<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/reisepass-scan-biometrie-170x225.jpg> 170w,
<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/reisepass-scan-biometrie.jpg> 823w“ sizes=„(max-width:
413px) 100vw, 413px“/> <figcaption class=„wp-caption-text“>Deutscher Reisepass mit Hinweis
auf Biometrie Gemeinfrei netzpolitik.org</figcaption></figure><p>Der biometrische Reisepass wird
eingeführt, bei dem auf einem Chip ein Bild und <a
href=„<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#12042007>“>seit 2007
auch Zeigefingerabdrücke des Passinhabers <a
href=„https://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/122838/publicationFile/13143/ePass_BesonderheitenbeiAufnahme.pdf“
data-
versionurl=„http://web.archive.org/web/20181102025401/https://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/122838/publicationFile/13143/ePass_BesonderheitenbeiAufnahme.pdf“ data-
versiondate=„2018-11-02T02:54:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>gespeichert (pdf)
werden. Diese Entscheidung geschieht aufgrund einer <a
href=„<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2004:385:0001:0006:DE:PDF>“ data-
versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102011502/http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2004:385:0001:0006:DE:PDF>“ data-versiondate=„2018-11-02T01:15:02+00:00“ data-
amber-behavior=„“>EU-Verordnung (pdf).</p> <h4 id=„01072005“>01. Juli 2005: Gesetz zur
Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 3. Mär 2004 (SPD und
Grüne)</h4> <p>Der <a
href=„<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#27031998>“>große
Lauschangriff von 1998 wird nach einer Überarbeitung wieder eingeführt und hat bis
heute Bestand. Die Regierung musste das Gesetz nach einem Urteil des <abbr
title=„Bundesverfassungsgericht“>BVerfG</abbr> wieder in eine verfassungskonforme Form
bringen. Eine <a href=„https://de.wikipedia.org/wiki/Gro%C3%9Fer_Lauschangriff#Chronologie“ data-
versionurl=„http://web.archive.org/web/20181102013301/https://de.wikipedia.org/wiki/Gro%C3%9Fer_Lauschangriff“ data-versiondate=„2018-11-02T01:33:02+00:00“ data-amber-behavior=„“>genaue
Chronologie stellt Wikipedia bereit. Mittels „akustischer
Wohnraumüberwachung“ können Behörden nun (mit Erlaubnis einer
Staatsanwaltschaft) Verdächtige in ihren privaten Räumen überwachen.</p>
<p><small><a href=„<http://dip.bundestag.de/extrakt/15/019/15019532.html>“ data-
versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102021802/http://dip.bundestag.de/extrakt/15/019/15019532.html>“ data-versiondate=„2018-11-02T02:18:02+00:00“ data-amber-behavior=„“>→
Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p> <h3>2004</h3> <h4
id=„26062004“>26. Juni 2004: Novellierung des Telekommunikationsgesetzes (SPD und
Grüne)</h4> <p>Mit der <a href=„<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/15/023/1502316.pdf>“
data-
versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102004501/http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/15/023/1502316.pdf>“ data-versiondate=„2018-11-02T00:45:03+00:00“ data-amber-
behavior=„“>Überarbeitung (pdf) des Telekommunikationsgesetzes (TKG) sind

Bürger nun einem Identifizierungszwang beim Kauf von Handykarten und der Pflicht zur Bestandsdatenauskunft ausgesetzt, letzteres erwies sich als <a href=„<https://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg12-013.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20170731133256/https://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg12-013.html>“ data-versiondate=„2017-07-31T13:33:00+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>verfassungswidrig. Eine von der Regierung lang gewünschte Vorratsdatenspeicherung kann jedoch abgewendet werden.</p><p>Der Landesdatenschutzbeauftragte von Hessen, Michael Ronellenfitsch, findet für das Gesetz ein klares Urteil, es „bringt keine datenschutzrechtlichen Verbesserungen, sondern führt eher zur Absenkung des Datenschutzniveaus“. Stefan Krempel fasst <a href=„<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Neues-Telekommunikationsgesetz-tritt-in-Kraft-102964.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20180927022300/https://www.heise.de/newsticker/meldung/Neues-Telekommunikationsgesetz-tritt-in-Kraft-102964.html>“ data-versiondate=„2018-09-27T02:23:01+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>für Heise problematische Aspekte zusammen: „So können sich Sicherheitsbehörden künftig etwa Zugriff auf Geheimzahlen und Passwörter für Mailboxen oder auch Webmail-Accounts verschaffen, auf Basis einer Reihe rechtlicher Vorgaben. Anonyme Handy-Karten wird es zudem nicht mehr geben.“</p><p><small><a href=„<http://pdok.bundestag.de/extrakt/ba/WP15/372/37230.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20180328121253/http://pdok.bundestag.de/extrakt/ba/WP15/372/37230.html>“ data-versiondate=„2018-03-28T12:12:54+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>ɒ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h3>2003</h3> <h4 id=„23122003“>23. Dezember 2003: Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit (SPD und Grüne)</h4> <p>Das Gesetz (pdf) erlaubt Sozialbehörden, Zoll, Polizei und Finanzämtern die Abfrage von Kontenstammdaten von Bankkunden. Das Bundesverfassungsgericht bestätigt 2007 seine Rechtmäßigkeit. Auch Nachrichtendienste dürften ab 2011 Kontodaten abzufragen.</p><p><small><a href=„<http://pdok.bundestag.de/extrakt/ba/WP15/346/34679.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20180328155254/http://pdok.bundestag.de/extrakt/ba/WP15/346/34679.html>“ data-versiondate=„2018-03-28T15:52:54+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>ɒ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h3>2002</h3> <h4 id=„15082002“>15. August 2002: Geldwäschebekämpfungsgesetz (SPD und Grüne)</h4> <p>Ab sofort sind alle Finanzinstitute per Gesetz (pdf) verpflichtet, Kunden vor Beginn von Geschäftsbeziehungen mittels Ausweis zu identifizieren. Dazu gehört auch die Pflicht, bei Verdacht von Geldwäsche Anzeigen zu erstatten (und den Kunden darüber nicht zu informieren).</p><p><small><a href=„<http://pdok.bundestag.de/extrakt/ba/WP14/573/57313.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20180328083754/http://pdok.bundestag.de/extrakt/ba/WP14/573/57313.html>“ data-versiondate=„2018-03-28T08:37:57+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>ɒ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h4 id=„01072002“>01. Juli 2002: Viertes Finanzmarktfoerderungsgesetz (SPD und Grüne)</h4><p>Mit der <a href=„<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/080/1408017.pdf>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102004802/http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/080/1408017.pdf>“ data-versiondate=„2018-11-02T00:48:03+00:00“ data-amber-behavior=„>vierten Überarbeitung (pdf) des Gesetzes soll primär der Wertpapierhandel leichter gemacht werden. Jedoch wird eine Online-Abfrage für Behörden von Kontodaten (Name und Geburtsdatum der Kunden) hinzugefügt – mit dem Ziel der Terrorismusbekämpfung. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung <a href=„<http://www.faz.net/aktuell/finanzen/aktien/finanzmarkt-viertes-finanzmarktfoerderungsgesetz-ist-beschlossen-159256.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102023302/http://www.faz.net/aktuell/finanzen/aktien/finanzmarkt-viertes-finanzmarktfoerderungsgesetz-ist-beschlossen-159256.html>“ data-versiondate=„2018-11-02T02:33:05+00:00“ data-amber-behavior=„>berichtet.</p><p><small><a href=„<http://pdok.bundestag.de/extrakt/ba/WP14/567/56700.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20180328115253/http://pdok.bundestag.de/extrakt/ba/WP14/567/56700.html>“ data-versiondate=„2018-03-28T11:52:54+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>ɒ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h4 id=„29012002“>30. Januar 2002: Telekommunikations-Überwachungsverordnung (SPD und Grüne)</h4><p>Die neue Verordnung (pdf) löst <a href=„<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#25051995>“>die alte Verordnung ab und weitet sie aus. Verschiedene Bundesämter, darunter Polizei und Bundesverfassungsschutz, dürften protokollierte Daten bei Providern abfragen und auswerten.</p><p><a href=„<https://de.wikipedia.org/wiki/Telekommunikations-%C3%9Cberwachungsverordnung#Kritik>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101233902/https://de.wikipedia.org/wiki/Telekommunikations-%C3%9Cberwachungsverordnung>“ data-versiondate=„2018-11-01T23:39:03+00:00“ data-amber-behavior=„>Zu den Kritikpunkten gehört vor allem, dass bei der Abfrage auch der vorgeworfene Straftatbestand angegeben wird.</p><p><small><a href=„<http://dip.bundestag.de/extrakt/15/021/15021978.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102003901/http://dip.bundestag.de/extrakt/15/021/15021978.html>“ data-versiondate=„2018-11-02T00:39:02+00:00“ data-amber-behavior=„>ɒ

Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem

01. Januar 2002: Terrorismusbekämpfungsgesetz (SPD und Grüne)

Als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September erlässt die Regierungskoalition das

<http://pdok.bundestag.de/extrakt/ba/WP14/567/56794.html>

data-

versionurl=<http://web.archive.org/web/20180328191753/http://pdok.bundestag.de/extrakt/ba/WP14/567/56794.html> data-versiondate=„2018-03-28T19:17:54+00:00“ data-amber-behavior=„down

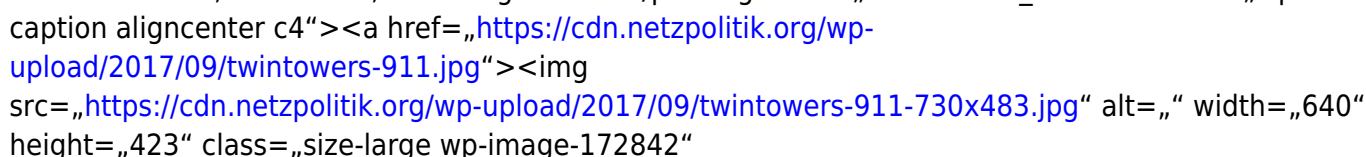
cache“>Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Es verleiht Geheimdiensten mehr Macht, weicht Grundrechte auf und erweitert das

<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#27091950>

> Bundesverfassungsschutzgesetz. Aufgrund seiner Tragweite sei es hier noch einmal neben den Auflistungen zu den

<https://netzpolitik.org/2017/chronik-des-ueberwachungsstaates/#14122001>

> Sicherheitspakten I und II genannt. Es wird im Nachhinein vielfach überarbeitet, also ausgeweitet.

 <https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/09/twintowers-911.jpg>

<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/09/twintowers-911-730x483.jpg> alt=„“ width=„640“ height=„423“ class=„size-large wp-image-172842“

srcset=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/09/twintowers-911-730x483.jpg> 730w,

<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/09/twintowers-911-731x484.jpg> 731w,

<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/09/twintowers-911-1020x675.jpg> 1020w,

<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/09/twintowers-911-300x199.jpg> 300w“ sizes=„(max-width: 640px) 100vw, 640px“> <figcaption class=„wp-caption-text“>Die Bilder vom 11. September 2001 veränderten die Welt wegweisend. <a class=„“ rel=„license“ target=„_blank“

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/deed.de>>CC-BY-NC-ND 2.0 <a

<https://www.flickr.com/photos/theactionitems/3911128520/in/album-72157622341941248/>>Mark

Yokoyama</figcaption></figure><p><small><a href=„<http://dip.bundestag.de/extrakt/14/019/14019814.html>“

data-

versionurl=<http://web.archive.org/web/20181102023002/http://dip.bundestag.de/extrakt/14/019/14019814.html> data-versiondate=„2018-11-02T02:30:02+00:00“ data-amber-behavior=„“>8594;

Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem

01. Januar 2002: Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung (SPD und Grüne)

Der Bundesrat besttigt nach Bundesrat

http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl102s3018.pdf

data-

versionurl=

http://web.archive.org/web/20181102030303/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl102s3018.pdf data-

versiondate=„2018-11-02T03:03:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>die Erweiterung der

Strafprozessordnung (pdf) um <a href=„<https://dejure.org/gesetze/StPO/100i.html>“ data-

versionurl=<http://web.archive.org/web/20181014211801/https://dejure.org/gesetze/StPO/100i.html>

data-versiondate=„2018-10-14T21:18:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>167; 100i StPO.

Nun dürfen Behörden Techniken verwenden, mit denen 1. die

Geräte-Nummer eines Mobilfunkendgerätes und die Kartennummer der darin

verwendeten Karte sowie 2. der Standort eines Mobilfunkendgerätes ermittelt werden

können. Die Rede ist von so genannten IMSI-Catchern, welche auch

<https://netzpolitik.org/2016/stille-sms-bei-bundesbehoerden-weiterhin-beliebt-nutzung-bei-der-bundespolizei-hat-sich-mehr-als-verdoppelt/>> gerne verwendet werden: Im ersten Halbjahr von

2016 beispielsweise greift das BKA 23 Mal auf die IMSI-Catcher zurück, die Bundespolizei 36 Mal.

<a href=„<http://dip.bundestag.de/extrakt/14/019/14019749.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102021501/http://dip.bundestag.de/extrakt/14/019/14019749.html>“ data-versiondate=„2018-11-02T02:15:02+00:00“ data-amber-behavior=„“>→

Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem

2001

id=„attachment_173421“ class=„wp-caption alignright c6“> <figcaption class=„wp-caption-text“>Schily 1983 in Bonn <a class=„“ rel=„license“ target=„_blank“ href=„<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de>“>CC-BY-SA 3.0 Bundesarchiv: Lothar Schaack</figcaption></figure>

Das Terrorismusbekämpfungsgesetz wird trotz Kritik von FDP und PDS (<a href=„<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/anti-terror-gesetze-gruenes-licht-fuer-schilys-sicherheitspaket-a-172725.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20180914023302/http://www.spiegel.de/politik/deutschland/anti-terror-gesetze-gruenes-licht-fuer-schilys-sicherheitspaket-a-172725.html>“ data-versiondate=„2018-09-14T02:33:03+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>Grundrechtseingriff) im Bundesrat verabschiedet. Das Gesetz, welches wegen seines Erschaffers, Innenminister Otto Schily (SPD), auch inoffiziell „Otto-Katalog“ genannt wird, beinhaltet (<a href=„<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Innere-Sicherheit/sicherheitspaket2a.html>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102031501/http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Innere-Sicherheit/sicherheitspaket2a.html>“ data-versiondate=„2018-11-02T03:15:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>umfangreiche Maßnahmen, unter anderem: - Voraussetzungen für die Verwendung biometrischer Merkmale in Pässen und Personalausweisen - erweiterte Kompetenzen für Sicherheitsbehörden - Erweiterung des Datenaustausches - Identitätsfeststellung im Visumverfahren - verschärftete Grenzkontrolle - verstärkte Überprüfung sicherheitsempfindlicher Tätigkeiten - Beschränkungen für extremistische Ausländervereine - Schusswaffengebrauch in zivilen Luftfahrzeugen (durch sogenannte Sky Marshalls) Das Gesetz führt die Strafbarkeit der Mitgliedschaft und Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung (§ 129b) sowie eine Streichung des Religionsprivileg von Vereinen ein. Zudem wird das (<a href=„<http://www.bpb.de/apuz/33229/folgen-des-11-september-2001-fuer-die-deutschen-sicherheitsgesetze?p=1>“ data-versionurl=„“>

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181101234502/http://www.bpb.de/apuz/33229/folgen-des-11-september-2001-fuer-die-deutschen-sicherheitsgesetze?p=1>“ data-
versiondate=„2018-11-01T23:45:04+00:00“ data-amber-
behavior=„>Sicherheitsüberprüfungsgesetz geändert und in den Bund
überführt. Mitarbeiter sicherheitskritischer Bereiche (beispielsweise
Krankenhäuser, aber auch Energieerzeuger) müssen sich einer tiefergehenden
Untersuchung unterziehen.</p> <p>Menschenrechtsorganisationen <a
href=„<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Innere-Sicherheit/presse.html>“ data-
versionurl=„[http://web.archive.org/web/20181102020002/http://www.ag-friedensforschung.de/theme
n/Innere-Sicherheit/presse.html](http://web.archive.org/web/20181102020002/http://www.ag-friedensforschung.de/theme/n/Innere-Sicherheit/presse.html)“ data-versiondate=„2018-11-02T02:00:04+00:00“ data-amber-
behavior=„>kritisieren das Paket scharf und warnen vor einer zukünftigen
Unbewohnbarkeit Deutschlands für Nicht-Deutsche.</p> <h4 id=„18092001“>18. September
2001: Einführung der Rasterfahndung Schleswig-Holstein (SPD und Grüne),
Niedersachsen (CDU und FDP) und Bremen (SPD und CDU)</h4> <p>Direkt nach dem 11. September
2001 wird in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen die Rasterfahndung zu
präventiven Zwecken <a
href=„https://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20060404_1bvr051802.html#abs5“ data-
versionurl=„[http://web.archive.org/web/20170725202755/https://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20
060404_1bvr051802.html](http://web.archive.org/web/20170725202755/https://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20060404_1bvr051802.html)“ data-versiondate=„2017-07-25T20:28:00+00:00“ data-amber-
behavior=„down cache“>eingeführt, um vermeintliche, islamistische Schläfer zu
entdecken. Innerhalb eines halben Jahres werden <a
href=„http://www.zeit.de/2002/12/Loecher_im_Datennetz/komplettansicht“
data-
versionurl=„[http://web.archive.org/web/20181102013902/http://www.zeit.de/2002/12/Loecher_im_Dat
ennetz/komplettansicht](http://web.archive.org/web/20181102013902/http://www.zeit.de/2002/12/Loecher_im_Datennetz/komplettansicht)“ data-versiondate=„2018-11-02T01:39:02+00:00“ data-amber-
behavior=„>4,5 Millionen Datensätze aus Melderegistern von 12 Bundesländern
gesammelt.</p> <p>2006 erhebt ein marokkanischer Student Verfassungsbeschwerde und das
Bundesverfassungsgericht <a
href=„https://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20060404_1bvr051802.html“
data-
versionurl=„[http://web.archive.org/web/20170725202755/https://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20
060404_1bvr051802.html](http://web.archive.org/web/20170725202755/https://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20060404_1bvr051802.html)“ data-versiondate=„2017-07-25T20:32:54+00:00“ data-amber-
behavior=„down cache“>bestätigt, dass seine Grundrechte eingeschränkt
wurden.</p> <p><a href=„http://www.zeit.de/2002/12/Loecher_im_Datennetz/komplettansicht“
data-
versionurl=„[http://web.archive.org/web/20181102013902/http://www.zeit.de/2002/12/Loecher_im_Dat
ennetz/komplettansicht](http://web.archive.org/web/20181102013902/http://www.zeit.de/2002/12/Loecher_im_Datennetz/komplettansicht)“ data-versiondate=„2018-11-02T01:39:02+00:00“ data-amber-
behavior=„>Laut DIE ZEIT hatte der damalige Bundesdatenschutzbeauftragte Joachim Jacob
gegen die Rasterfahndung „keine Einwände.“</p> <h4 id=„29062001“>29.
Juni 2001: Gesetz zur Neuregelung von Beschränkungen des Brief-, Post- und
Fernmeldegeheimnisses (SPD und Grüne)</h4> <p>Mit <a
href=„[http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl101
030.pdf](http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl101030.pdf)“
data-
versionurl=„[http://web.archive.org/web/20181102024503/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?sta
rtbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl101030.pdf](http://web.archive.org/web/20181102024503/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl101030.pdf)“ data-
versiondate=„2018-11-02T02:45:08+00:00“ data-amber-behavior=„>diesem Gesetz (pdf)
ermächtigt die regierende Koalition mit Unterstützung durch die Union den
Bundesnachrichtendienst, doppelt so viel Auslandskommunikation mitzuschneiden wie bisher.
Insgesamt darf der Dienst nun 20 Prozent der Telefon- und Internetkommunikation

überwachen.</p> <p>Diese Neufassung entsteht, nachdem das <abbr title=„Bundesverfassungsgericht“>BVerfG</abbr> den aktuellen Stand des Artikel-10-Gesetzes für „unvereinbar“ mit dem Grundgesetz erklärte.</p> <p><small>→</small></p> <h3>1998</h3> <h4 id=„27031998“>27. Mär 1998: Großer Lauschangriff (CDU/CSU und FDP)</h4> <p><small>Hinzufügen der Absätze 3 bis 6 des Artikel 13 Grundgesetz wird im Großen Lauschangriff die akustische Wohnraumüberwachung zu Zwecken der Strafverfolgung ermöglicht. Das Gesetz wird kritisiert, weil es das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung aushöhlt.</p> <p><small>Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 2004 ändert die rot-grüne Regierung 2005 die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes, um es verfassungskonform nennen zu können.</p> <p><small>→</small></p> <h3>1995</h3> <h4 id=„25051995“>25. Mai 1995: Fernmeldeverkehr-Überwachungs-Verordnung (CDU/CSU und FDP)</h4> <p><small>Die Verordnung (pdf) sieht verpflichtende Log-Dateien für Telekommunikation (Internet sowie Mobilfunk) vor. Sie erntet viel Kritik: Das Institut für Neue Medien aus Frankfurt am Main stellt auf der Seite crypto.de verschiedene Stellungnahmen und Kritikpunkte vor.</p> <h4 id=„01011995“>01. Januar 1995: Schleierfahndung</h4> <p>Als erstes Bundesland führt Bayern 1995 die <a href=„https://de.wikipedia.org/wiki/Schleierfahndung“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102014501/https://de.wikipedia.org/wiki/Schleierfahndung>“ data-versiondate=„2018-11-02T01:45:02+00:00“ data-amber-behavior=„“>Schleierfahndung ein. Sie erlaubt der Polizei verdachtsunabhängige, anlasslose Personenkontrollen. Diese sind aus bürgerrechtlicher Sicht kritisch zu bewerten, weil sie gegen den Grundsatz der Verhältismä#223;igkeit und den Gleichheitsgrundsatz verstoßen. Des Weiteren geht Schleierfahndung oftmals mit <a href=„https://de.wikipedia.org/wiki/Racial_Profiling“

data-

versionurl=„http://web.archive.org/web/20181102005401/https://de.wikipedia.org/wiki/Racial_Profiling“ data-versiondate=„2018-11-02T00:54:02+00:00“ data-amber-behavior=„“>Racial Profiling einher.</p><p>In den meisten Bundesländern Deutschlands ist die Schleierfahndung mittlerweile eingeführt. Es fehlen noch: Berlin (wurde kurzzeitig eingeführt), Bremen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt.</p><p><small><a href=„<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/075/1307500.asc>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102013002/http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/075/1307500.asc>“ data-versiondate=„2018-11-02T01:30:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h3>1994</h3><h4 id=„01101994“>01. Oktober 1994: Einführung des Ausländerzentralregisters (CDU/CSU und FDP)</h4><p>Mit dem <a href=„http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl194s2265.pdf“

data-

versionurl=„http://web.archive.org/web/20181102003302/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl194s2265.pdf“ data-versiondate=„2018-11-02T00:33:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>Gesetz (pdf) über das <a href=„https://de.wikipedia.org/wiki/Ausl%C3%A4nderzentralregister#cite_note-5“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102031802/https://de.wikipedia.org/wiki/Ausl%C3%A4nderzentralregister>“ data-versiondate=„2018-11-02T03:18:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>Ausländerzentralregister entsteht eine Datenbank, in der heute mehr als 20 Millionen personenbezogene Daten zu Ausländern gespeichert sind. Vorläufer des Ausländerzentralregisters war die 1930 eingeführte Ausländerzentalkartei.</p><p>Kritik am Ausländerzentralregister wird zum Beispiel im Zuge der <a href=„<https://bigbrotherawards.de/>“

data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102002402/https://bigbrotherawards.de/>“ data-versiondate=„2018-11-02T00:24:03+00:00“ data-amber-behavior=„“>Big Brother Awards 2000 laut: „institutionalisierte behörddliche Diskriminierung von nichtdeutschen BürgerInnen“. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat 2008 entschieden, dass nur aufenthaltsrechtliche Daten gespeichert werden dürften und eine Nutzung für statistische Zwecke oder zur Kriminalitätsbekämpfung unzulässig sei.</p><p><small><a href=„<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/075/1307500.asc>“

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102013002/http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/075/1307500.asc>“ data-versiondate=„2018-11-02T01:30:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>→ Eintrag im parlamentarischen Dokumentationssystem</small></p><h3>1992</h3><h4 id=„15091992“>15. September 1992: Einführung der Rasterfahndung §98 StPO (CDU/CSU und FDP)</h4><p>Das beschlossene <a href=„http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl192s2265.pdf“

s1302.pdf“

data-

versionurl=„http://web.archive.org/web/20181102000003/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?sta_rtbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl192s1302.pdf“ data-

versiondate=„2018-11-02T00:00:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>„Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität“ (OrgKG) (pdf) beinhaltet neben Überwachungsmaßnahmen wie Wanzen und den Einsatz verdeckter Ermittler auch die so genannte Rasterfahndung.</p> <p>Die <a href=„<https://de.wikipedia.org/wiki/Rasterfahndung>“ data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102000301/https://de.wikipedia.org/wiki/Rasterfahndung>“ data-versiondate=„2018-11-02T00:03:02+00:00“ data-amber-behavior=„“>Rasterfahndung

ist ein Verfahren der Massendatenverarbeitung, bei der automatisiert Informationen aus verfügbaren Datenbeständen abgeglichen werden, um bestimmte Personen zu ermitteln. Dabei werden bestimmte Personengruppen aus öffentlichen oder privaten Datenbanken herausgefiltert, indem man nach Merkmalen sucht, von denen man annimmt, dass sie auch auf die gesuchte Person zutreffen. Rasterfahndung verletzt das Diskriminierungsverbot und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.</p> <h3>1990</h3> <h4 id=„30121990“>30. Dezember 1990: Erstmaliges BND-Gesetz (CDU/CSU, FDP und DSU)</h4> <p>Ende des Jahres 1990 wird das erste <a href=„<https://www.gesetze-im-internet.de/bndg/BJNR029790990.html>“ data-

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20170725214254/https://www.gesetze-im-internet.de/bndg/BJNR029790990.html>“ data-versiondate=„2017-07-25T21:42:56+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>BND-Gesetz erlassen, das Aufgaben und Befugnisse des deutschen

Bundesnachrichtendienstes regelt. So soll dieser mit nachrichtendienstlichen Mitteln andere Länder abhören und ausspionieren, unterliegt aber bei der Arbeit im Inland dem G-10-Gesetz.</p> <h3>1985</h3> <figure id=„attachment_181683“ class=„wp-caption alignright c7“><a href=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/09/volkszaehlung-1987-bogen.jpg>“><img src=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/09/volkszaehlung-1987-bogen-161x225.jpg>“ alt=„“ width=„161“ height=„225“ class=„size-medium wp-image-181683“ srcset=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/09/volkszaehlung-1987-bogen-161x225.jpg> 161w, <https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/09/volkszaehlung-1987-bogen-391x546.jpg> 391w“ sizes=„(max-width: 161px) 100vw, 161px“/> <figcaption class=„wp-caption-text“>Personenbogen der Volkszählung 1987 Gemeinfrei Ramessos</figcaption></figure><h4 id=„09111985“>09. November 1985: Volkszählungsgesetz 1987 (CDU/CSU und FDP)</h4> <p>Mit dem „Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung“ von 1985 wird die rechtliche Grundlage für die Volkszählung von 1987 geschaffen. Bereits 1983 wurde ein Gesetz zur Volkszählung erlassen, aber vom Bundesverfassungsgericht teilweise für <a href=„<https://de.wikipedia.org/wiki/Volksz%C3%A4hlungsurteil>“ data-

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20180927061800/https://de.wikipedia.org/wiki/Volksz%C3%A4hlungsurteil>“ data-versiondate=„2018-09-27T06:18:01+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>„verfassungswidrig“ erklärt.</p> <p>Alle BundesbürgerInnen sollen persönlich oder per Post über biografische Informationen (siehe Bild) befragt werden. Bis zu 600.000 freiwillige HelferInnen melden sich, um die Interviews zwei Jahre später durchzuführen: „aus tiefer Überzeugung“ wie beispielsweise ein Beamter <a href=„<http://www.zeit.de/1987/25/zaehler-und-gezaehlte/komplettansicht>“ data-

data-

versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102034503/http://www.zeit.de/1987/25/zaehler-und-gezaehlte/komplettansicht>“ data-versiondate=„2018-11-02T03:45:04+00:00“ data-amber-behavior=„“>der ZEIT berichtet. Wichtige Daten würden fehlen.</p><p>Manche dieser HelferInnen sabotieren aber (zum Teil unbewusst) die statistische Arbeit. Von verloren gegangenen, aber auch illegal fotokopierten Personenlisten ist die Rede. Dies ist nicht im Einklang mit den juristischen, angeblich datenschützensden Bestimmungen des Gesetzes.</p><p>BürgerrechtlerInnen üben lautstark und vielseitig Kritik: Der Grüne Hans-Christian Ströbele spricht von „purer Propaganda“ in Verbindung mit der Zählung. Das Bündnis Volkszählungsboykott („Vo-Bo“) vermeldet über eine halbe Millionen Fragebögen, die bei „Altpapiersammelstellen“ abgegeben werden. Freiwillige HelferInnen berichten von wüsten Beileidigungen („Sie Wichser“) und müssen teilweise unter Polizeischutz arbeiten. Einer soll nur noch mit einem Revolver losgezogen sein.</p><p>Bundeskanzler Helmut Kohl bezeichnet KritikerInnen, die bei der „Totalerfassung“ Nähe zum Nationalsozialismus sehen, als „faschistisch“.</p><p>Letztendlich haben angeblich bis zu 95 Prozent der Bevölkerung teilgenommen.</p><h4 id=„28061985“>28. Juni 1985: Vermummungsverbot (CDU/CSU und FDP)</h4><p>Das <a href=„<https://de.wikipedia.org/wiki/Vermummungsverbot>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102034805/https://de.wikipedia.org/wiki/Vermummungsverbot>“ data-versiondate=„2018-11-02T03:48:05+00:00“ data-amber-behavior=„“>Vermummungsverbot verbietet es Demonstrierenden, auf Versammlungen ihr Gesicht zu verdecken oder Gegenstände mitzuführen, die dazu geeignet sind, das Gesicht zu verdecken. Kritiker des Gesetzes sagen, dass mit dem Vermummungsverbot Demonstrierenden die Möglichkeit genommen wird, anonym an Demonstrationen teilzunehmen. Dies kann insbesondere wichtig sein, wenn Diskriminierung durch den Arbeitgeber oder körperliche Gefahr durch den politischen Gegner zu erwarten ist.</p><p>Zwei Jahre später fordert die FDP eine Verschärfung des Verbots von der Behandlung als Ordnungswidrigkeit zu einer Straftat. Diese Forderung wird mit den Frankfurter Polizisten-Morden begründet, wie die Nachrichtensendung heute von ZDF <a href=„<https://www.youtube.com/watch?v=Mg21MWsARPE>“ data-versionurl=„<http://web.archive.org/web/20181102040001/https://www.youtube.com/watch?v=Mg21MWsARPE>“ data-versiondate=„2018-11-02T04:00:02+00:00“ data-amber-behavior=„“>berichtet.</p><figure id=„attachment_173497“ class=„wp-caption aligncenter c8“><a href=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/welcometohell-g20-hamburg-2017.jpg>“><img src=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/welcometohell-g20-hamburg-2017-730x487.jpg>“ alt=„“ width=„730“ height=„487“ class=„size-large wp-image-173497“ srcset=„<https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/welcometohell-g20-hamburg-2017-730x487.jpg> 730w, <https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2017/02/welcometohell-g20-hamburg-2017-300x200.jpg> 300w“ sizes=„(max-width: 730px) 100vw, 730px“/> <figcaption class=„wp-caption-text“>Autonome verwenden die Taktik „Schwarzer Block“, um Repressionen vorzubeugen, wie hier zum G20-Gipfel in Hamburg 2017. Sicherheitsbehörden befürchten Straftaten. <a class=„“ rel=„license“ target=„_blank“ href=„<http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de>“>CC-BY 2.0 <a href=„<https://www.flickr.com/photos/-----/35385657710/>“>Thorsten

Schröder

1976

18. September 1976: Anti-Terror-Gesetz: Einführung §129a (SPD und FDP)

Die Einführung des <https://dejure.org/gesetze/StGB/129a.html>

data-versionurl=<http://web.archive.org/web/20181102033301/https://dejure.org/gesetze/StGB/129a.html>

data-versiondate=„2018-11-02T03:33:03+00:00“ data-amber-behavior=„>§129a StGB

(§222; Bildung terroristischer Vereinigungen §220;) eröffnet eine Fülle von Möglichkeiten, große Personengruppen zu überwachen und politische Spektren auszuforschen. Der Paragraph wurde mehrmals auf die linksextreme Rote Armee Fraktion angewandt.

1968

24. Juni 1968: Notstandsgesetze (CDU/CSU und SPD)

Der Deutsche Bundestag verabschiedet die <http://www.documentarchiv.de/brd/1968/grundgesetz-notstandsgesetze.html>

data-versionurl=<http://web.archive.org/web/20181102040902/http://www.documentarchiv.de/brd/1968/grundgesetz-notstandsgesetze.html>

data-versiondate=„2018-11-02T04:09:05+00:00“ data-amber-behavior=„>Notstandsgesetze

: Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis (GG Art 10), die Freizügigkeit (GG Art 11) und die freie Berufsausübung (GG Art 12) dürfen eingeschränkt werden, im Notstandsfall (Katastrophen) auch weitere Grundrechte, bei Naturkatastrophen können Bundespolizei und Bundeswehr eingesetzt werden, Geheimdienste und Strafverfolger erhalten Erlaubnis zum Abhören des Fernmeldeverkehrs.

Die Einführung ist von großen Protesten begleitet, wie Zeitaufnahmen zeigen.

[embedded content]

1951

09. März 1951: Einführung des BKA-Gesetzes (CDU/CSU, FDP und DP)

Zwei Jahre nach Gründung der Bundesrepublik wird das Gesetz über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten eingeführt. Das so genannte http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl151s0165.pdf

data-versionurl=http://web.archive.org/web/20180914073302/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl151s0165.pdf

data-versiondate=„2018-09-14T07:33:02+00:00“ data-amber-behavior=„down cache“>BKA-Gesetz (pdf)

regelt die Aufgaben des Bundeskriminalamtes: Polizeiarbeit.

01. Januar 1951: Einführung des Personalausweisgesetzes (CDU/CSU, FDP und DP)

Laut http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl150s0807.pdf

data-versionurl=http://web.archive.org/web/20181102041502/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl150s0807.pdf

data-versiondate=„2018-11-02T04:15:03+00:00“ data-amber-behavior=„>diesem Gesetz (pdf)

soll jeder Bundesbürger, der über 16 Jahre alt ist, die eigene Identität mittels Personalausweis nachweisen können. Die Person ist aber nicht zum ständigen Mitführen gezwungen.

1950

27. September 1950: Einführung des Bundesverfassungsschutzgesetzes (CDU/CSU, FDP und DP)

Das http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl150s0682a.pdf

data-versionurl=http://web.archive.org/web/20181102050302/http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl150s0682a.pdf

[rtbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl150s0682a.pdf" data-versiondate="2018-11-02T05:03:03+00:00" data-behavior="für Verfassungsschutz: den Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung auf Länder- und Bundesebene.</p><hr/><h4 id="aenderungsprotokoll">Änderungsprotokoll</h4><p>13. November 2017:„22. Juli 2017: Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung \(CDU/CSU und SPD\)“ hinzugefügt.
16. November 2017:„21. November 2015: Reform des Verfassungsschutzes und weiterer Behörden \(CDU/CSU und SPD\)“ hinzugefügt.
21. Dezember 2017:„09. November 1985: Volkszählungsgesetz 1987 \(CDU/CSU und FDP\)“ hinzugefügt.
13. Juni 2018:„01. Juli 2017: BKA-Gesetz: Ausweitung des Maßregelrechts bei extremistischen Straftätern“ hinzugefügt.
13. September 2018: Tippfehler ausgebessert.
26. September 2018: Nachtrag mit Verlinkung zu Analyse hinzugefügt.</p></html>](#)

From:
<https://schnipsl.qgelm.de/> - Qgelm

Permanent link:
<https://schnipsl.qgelm.de/doku.php?id=wallabag:chronik-des-berwachungsstaates>

Last update: **2021/12/06 15:24**

